

## 5. Roma-Dialogplattform „Zugang zur Bildung“

Bundeskanzleramt  
10. April 2013

National Contact Point: Dr.<sup>in</sup> Anna SPORRER

Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Kultur: Mag. Michael Bauer  
Dr. Wilhelm Wolf  
Dr.<sup>in</sup> Fraundorfer Andrea  
Dr. Helmut Bachmann  
Mag. Jürgen Schick  
Dr. Heinz Tichy  
Dr. Rüdiger Teutsch  
MMag. Markus Valtingojer (Vertretung  
für Mag.<sup>a</sup> Hermine Sperl)  
Mag.<sup>a</sup> Gabriela Khannoussi-Gangoly

Anwesend: laut Anwesenheitsliste.

Beginn: 10:10 Uhr.  
Ende: 14:05 Uhr.

### Begrüßungsworte durch Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer (künftig ASp):

ASp nahm vom 7. – 8.3.2013 gemeinsam mit Mag. Roland Hanak (RH) vom BMASK und Mag.<sup>a</sup> Daniela Urschitz von der Stadt Wien am Treffen der VertreterInnen der National Contact Points (NCP) mit VertreterInnen der Europäischen Kommission (EK) in Brüssel teil. Neben der Vorstellung von Finanzierungsinstrumenten und einzelner Projekte wurde auch der Vorschlag einer Ratsempfehlung diskutiert. Durch die Ratsempfehlung soll die Umsetzung des EU-Rahmens in den Mitgliedsstaaten (MS) gefördert werden (Vorschlag der EK soll im Mai/Juni erfolgen).

Eine angekündigte Evaluierung der Nationalen Strategien soll ebenfalls im Mai erfolgen.

### 1. Mag. Jürgen Schick (JSch), Dr. Heinz Tichy (HT) – Einleitung und Überblick:

JSch spricht von Bildung als wichtigen Schlüssel für die Integration der Roma in Österreich. Seitens BMUKK wird in der Umsetzung der Roma-Strategie eine möglichst breite Herangehensweise verfolgt. Qualität und Chancengerechtigkeit sind zentrale Elemente und Zielsetzungen in der Ö Bildungspolitik und der aktuellen Reformmaßnahmen. Zentrale Vorhaben betreffen beispielsweise die Neue Mittelschule, Sprachförderung, Bekämpfung von frühzeitigem Schulabbruch, Nachholung von Bildungsabschlüssen etc. Lag die Schulabbruchsquote (ESL-Quote – Early School Leaving) 2011 noch bei 8,3 %, sank sie im Jahr 2012 auf 7,6 %. Wichtig ist es, ausgrenzungsgefährdete Personen im Sinne einer bestmöglichen Förderung Ihrer Potentiale zu unterstützen, wobei es hier nicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten

ethnischen Gruppe ankommt. Spezifische Aktivitäten und Maßnahmen gibt es für die (autochthone) Volksgruppe der Roma. Maßnahmen sollten auch nicht ausschließlich bei den Roma selbst ansetzen, sondern es bedarf einer Strategie, die den Abbau von Vorurteilen unterstützt und die Sichtbarkeit und Identität der Roma und Sinti als Teil einer offenen, aufgeklärten Gesellschaft erhöht.

*HT:* Es geht an diesem Tag nicht nur um die Volksgruppe der Roma, sondern um Roma in Österreich schlechthin. Leider ist es sehr schwer, zu konkreten Zahlen/Daten zu kommen, wie dies internationale Organisationen (z.B. der Europarat) seit vielen Jahren immer wieder verlangen. Das Ziel 2020 hört sich wie ein weit entfernter Zeitpunkt an. Jedoch soll dieser Anschein nicht täuschen.

*ASp:* Das Thema Daten und Statistiken wird auch in den EU-Vorgaben angesprochen. Ein wichtiger Indikator ist jedes Kind mit erfolgreichem Abschluss, jeder Mensch mit abgeschlossener Ausbildung und Stelle.

## 2. Dr. Helmut Bachmann (HB) – die Neue Mittelschule (NMS) – ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit:

*HB:* Zwei zentrale Ansprüche werden an die NMS gestellt:

- Pädagogische Lernkultur weiterentwickeln, alle Talente fördern und die Verschiedenheit als Bereicherung ansehen
- Die in Österreich früh stattfindende Selektion am Ende der Volksschule nach hinten verschieben, um es den Kindern zu ermöglichen, ihre Potentiale besser zu entwickeln.

DVD des BMUKK zur NMS wird abgespielt –zusammenfassend wird festgestellt, dass die meisten Elemente der Neuen Lernkultur schon lange bekannt sind und es gilt, dieses Wissen konsequent umzusetzen. Aktuelle Daten sind dem beigelegten Handout („Aktuelles zur NMS“) zu entnehmen.

## 3. Diskussions-/Fragerunde:

Květa Schubert (KSch): stellt sich als interkulturelle Mitarbeiterin (IKM) der VS Gänserndorf vor und erzählt vom Alltag an dieser multinationalen Schule.

Gerhard Gangl (GG): Direktor der VS Gänserndorf stellt seine Schule vor und erzählt über die Zusammenarbeit mit IKM. Durch die Nähe zur slowakischen Grenze sei der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bzw aus Roma-Familien ziemlich hoch. Die Arbeit mit IKM ist auch ein starkes Zeichen gegen Rassismus. Vorurteile können dadurch abgebaut werden. NMS sei zwar ein guter Ansatz, sie kann jedoch generell Alltagsprobleme an der Schule derzeit nicht lösen. Als langzeitiges Projekt spricht er sich für die NMS, wie sie vorgestellt wurde, aus, jedoch wird auch jetzt schon Hilfe benötigt.

Über Rückfrage führt Dr. Alfred Mücke (AM), NÖ Landesschulrat aus, dass die interkulturellen MitarbeiterInnen mit Mitteln des Integrationsfonds und des Landes NÖ ausgebildet wurden und um auf Werklehrerbasis (befristet) angestellt werden. Prof. Rudolf Sarközi (RS) ergänzt noch, dass Roma nicht ausschließlich aus der „untersten Schicht“ kommen, sondern es auch Roma aus der Tschechischen Republik und der Slowakei gibt, die es sich leisten können, an der Wiener Komensky Schule unterrichtet zu werden. Auch im ländlichen Bereich gibt es viele integrierte Roma, die vor allem im Bereich der Musik angesehen sind und gefördert werden.

#### 4. Dr. Rüdiger Teutsch (RT) – Diversität und Inklusion:

RT: zwei essentielle Ziele des BMUKK sind

- Erhöhung des Bildungsniveaus und
- Verbesserung der Chancen- und Gendergerechtigkeit im Bildungswesen.

Derzeit findet ein Paradigmenwechsel von der monolingualen Schule zur sprachlich und kulturell vielfältigen, heterogenen und integrativen Schule statt. Relativierend wird jedoch angemerkt, dass der theoretische Rahmen zwar gesetzt ist, praktisch der Umgang mit Diversität und Integration aber noch deutlich weiterentwickelt werden müssen.

Nach Diskussionen mit anderen OECD-Staaten (vor allem aus Nordeuropa), kommt man zum Schluss, dass Bildung früher beginnen und die Entscheidungen über weitere Bildungs- und Berufswege nicht schon in der vierten Volksschulklasse, sondern erst später stattfinden soll. Auch gehören individuelle Talente gefördert. Ziel soll es sein, die Förderung verschiedener Einzelprojekte ins „System“ zu implementieren.

Besonders benachteiligten Gruppen ist Aufmerksamkeit zu widmen: Personen mit Behinderung sind neben Personen mit Migrationshintergrund besonders von Risiken wie Schullaufbahnverlust oder frühzeitigem Schulabbruch betroffen. Hier sei insbesondere auch der Begriff „mit Migrationshintergrund“ zu hinterfragen: Wie lange ist man mit Migrationshintergrund? Wie viele Generationen sollen ob der Herkunft ihrer Vorfahren „abgestempelt“ werden?

Kritik wird auch immer wieder am Begriff „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ (SPF) geübt. Einerseits bieten SPF-Maßnahmen Möglichkeiten, SchülerInnen gezielt zu fördern, um persönliche Schwächen (Mobilitätseinschränkungen, Verhaltensauffälligkeiten, Leseschwächen, Sprachdefizite, etc) zu behandeln. Andererseits ist mit einem SPF die Gefahr der gesellschaftlichen Stigmatisierung verbunden, unter der Kinder mit SPF und deren Familien mitunter leiden.

Ziel muss sein, von der Stigmatisierung von Kindern mit Migrationshintergrund wegzukommen. Ein strukturiertes Angehen der Sprachförderung, die Deutsch als Bildungssprache zum Ziel hat, ist nötig. Kindergarten und Schulen sollten zusammen arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen. Das Beherrschen von Deutsch als Alltagssprache reicht für Bildungserfolge nicht aus.

Seit Jahren findet eine Diskussion über Sonderschulen als Institution statt. Diesbezüglich gibt es einen Nationalen Aktionsplan (NAP) zur UN Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung Ansätze zur Entwicklung „Inklusiver Modellregionen“. Es muss in jedem Fall die bestmögliche Qualität für alle Kinder geboten werden, wobei auch das soziale Miteinander zwischen Kindern mit und ohne Behinderung als Qualitätskriterium der Schule gesehen werden muss.

Die Ausbildung von PädagogInnen soll schon im Bachelor-Studium mehr auf Diversität abzielen und z.B. auch auf Menschen mit Migrationshintergrund setzen. Die Frage, die sich stellt ist, wie man die PädagogInnenausbildung so attraktiv gestalten kann, dass mehrsprachige Menschen diesen Ausbildungsweg einschlagen wollen. Wichtig erscheint auch das Einbeziehen der Eltern als BildungspartnerInnen.

#### 5. Mag. Manfred Pinterits (MP) – Muttersprachlicher Unterricht in der Praxis:

*MP* erzählt kurz über muttersprachlichen Unterricht in Wien bietet muttersprachlichen Unterricht in 21 verschiedenen Sprachen (abseits von Englisch und Französisch) an. Dieser tritt in drei Formen in Erscheinung:

- In Gruppen (Kinder aus mehreren Klassen oder Schulen)
- Integrativ im Klassenverband
- Als bilinguale Klasse („Reinform“ des muttersprachigen Unterrichts)

In Wien gibt es insgesamt 15 Standorte mit mehrsprachiger Alphabetisierung, an denen muttersprachlicher Unterricht als Arbeitssprache eingebunden wird. Weiters gibt es vier Lehrkräfte für Romanes – welche gleich entlohnt werden wie österreichische LehrerInnen – wobei auch eine Lehrkraft nachmittags als Kontaktperson für Eltern zur Verfügung steht.

#### 6. Diskussions-/Fragerunde:

Mag. Ferdinand Koller (FK): Romano Centro, über die Bildungssituation der Roma in Wien: Die AK hat erhoben und kam zum Schluss, dass 53 % nur maximal einen Pflichtschulabschluss nachweisen können, während im Vergleich dazu nur 24 % der Nicht-Roma mit Migrationshintergrund ebenso spätestens mit dem Pflichtschulabschluss ihre Bildungslaufbahn beenden. Diese Zahlen weisen auf eine signifikante Schlechterstellung von Roma hin. Ein weiteres Problem stellen Sonderschulen in Wien dar. So haben bereits sieben Sonderschulen um Roma-SchulmediatorInnen angefragt. Der Roma-Anteil liegt dort bei 15-25 % (Schätzungen der SchulleiterInnen; vermutlich wird der Anteil jedoch noch höher sein). Dem Romano Centro würde immer wieder gemeldet, dass die Zuweisung in Sonderschulen gegen den Willen der Eltern verlaufe. Eine direkte Diskriminierung sei zwar nicht zu erkennen, jedoch ist das gegenwärtige Schulsystem so konzipiert, dass „stark benachteiligte“ Kinder nach der zweiten Volksschulklasse dem Unterricht nicht mehr folgen können. Dieses Problem sei – laut Romano Centro – systemimmanent und angesichts der Tatsache, dass viele Kinder aus Roma-Familien in schwierigen Verhältnissen leben auch als indirekte Diskriminierung zu werten.

*ASp ad RK:* Im EU-Rahmen wird die möglichst große Zurückdrängung der Sonderpädagogik als Maßnahme explizit genannt.

Ergänzend wird noch angemerkt, dass viele Kinder in eine Sonderschule geschickt werden, obwohl sie von ihren Fähigkeiten her nicht in eine solche gehören.

Dr. Walter Wolf (WaWo) an *RT:* Da sprachliche Defizite, die vor dem Schuleintritt bestehen nur schwer während der Schulzeit zu kompensieren sind, stellt sich die Frage, ob es Konzepte gibt, die auf diese Umstände, insbesondere mit Blick auf Roma, Rücksicht nehmen?

*WaWo 2. Frage:* Um „besonders Benachteiligten“ helfen zu können muss man ebenso vorhandene Maßnahmen verbessern und versuchen, die Vorteile einer heterogenen Gemeinschaft hervorzuheben. Was kann man zB tun, um eine Gemeinschaft (als konkretes Beispiel ein Projekt in Bulgarien, bei dem für eine kleine Gemeinde drei MediatorInnen benötigt wurden, um an Personen herantreten zu können) zu motivieren, ihre Sichtweise einzubringen?

GG wirft ein, dass es für Kinder mit Förderbedarf oft an Hilfsmitteln mangelt und Volksschulen daher Defizite aus Vor-Schulzeiten nur schwer kompensieren können. 5 % der Kinder der VS Gänserndorf sind laut GG Roma. Davon nehmen in etwa 20-25 % SPF in Anspruch. Das größte Problem ist, dass man an Lehrpläne gebunden ist und somit Individualförderung in den Hintergrund gerückt wird. So komme es dazu, dass viele Kinder „durch die Volksschule getragen“ werden und nach ihrem Einstieg in die NMS direkt in eine Sonderschule geschickt werden.

KSch weist darauf hin, dass schon Kindern im Volksschulalter bewusst ist, dass Kinder, die SPF beanspruchen anders behandelt werden. Dies rufe Ängste hervor. Daher tritt KSch allgemein dafür ein, Pädagogik auch als Herzensangelegenheit anzusehen, um das „Miteinander“ zu verbessern.

Nicole Sevik (NS) gibt zu bedenken, dass die Entscheidung, ein Kind in SPF-Klassen zu schicken oft sehr intransparent und unbegründet gefällt werden. Als Beispiel für die von ihr aufgezeigten Beispiele nennt sie ihre Tochter, die ob ihrer Herkunft und Mehrsprachigkeit automatisch einer Klasse für SPF zugewiesen wurde, was sie nur durch massiven Protest verhindern konnte. Sie fordert daher, dass die interkulturelle Kompetenz von PädagogInnen gefördert wird.

RT: SPF Ressourcen sind an Köpfe gebunden; sie sollten von Köpfen gelöst und an Standorte gebunden werden um Kinder nicht weiter „etikettieren“ zu müssen.

Mag.<sup>a</sup> Tanja Vasić (TV): Roma-Kinder sprechen oft ihre Muttersprache sowie die Sprache ihres Ursprungslandes und Deutsch. Falsche Sprachförderung führt dazu, dass sie alle sprachen ein bisschen sprechen, aber keine richtig. Hier sollte man daher bei Schulen ansetzen und diese fördern, damit die Kinder sowohl Deutsch lernen als auch ihre Muttersprache, welche zu Hause in der Regel nach wie vor gesprochen wird. Zwei Mal wöchentlich 30 Minuten Deutschunterricht zusätzlich hingegen bringe zu wenig.

Florian Panthene (FP) von der Gleichbehandlungsanwaltschaft berichtet, dass auch bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft Beschwerden wegen als ungerechtfertigt empfundener Einstufung für den SPF erhoben werden.

Das Problem hierbei sei oft, dass Eltern wegen mangelnde Sprachkenntnisse oder mangels ausreichender Information nicht dagegen einschreiten können.

Peter Liszt (PL) setzt sich für eine verstärkte Förderung von Romanes ein, da die Sprache auf der Liste der bedrohten Sprachen aufscheint und anderenfalls auszusterben droht.

Pause: 12:10 – 12: 35

7. Dr.<sup>in</sup> Andrea Fraundorfer (AF) – Strategische Ansätze zur Bekämpfung von frühzeitigem Schulabbruch und Benachteiligungen:

2011 wurde ein Beschluss für die Strategie gegen vorzeitigen Schulabbruch (Early School Leaving - ESL) gefasst. Wie bereits von JSch mitgeteilt, betrug die ESL-Quote 2012 7,6 %. Dabei sei zu bedenken, dass dieser vergleichsweise gute Wert bei MigrantInnen der 1. und 2. Generation nicht gehalten werden kann und bei 18,6 % liege. Innerhalb dieser Gruppe fällt es Schüler/innen der zweiten

Generation schwerer, im Bildungssystem und später am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. In der ersten Generation sei der Ehrgeiz, den sozialen Aufstieg zu schaffen noch größer, in der zweiten Generation findet eine Art Desillusionierung der Möglichkeiten zum Aufstieg statt (Stichwort: gesellschaftliches Klima, tatsächliche Abschlüsse, Partizipationsmöglichkeiten,...)

Gegen frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabbruch wurde von der EU-Kommission ein strategischer Rahmen („Policy framework“) erarbeitet, der Grundlage für die nationale Strategieentwicklung ist und sich in folgende Maßnahmen unterteilen lässt:

- Prävention
- Intervention
- Kompensation

(siehe Handout „Strategie zur Verhinderung von (Aus-)Bildungsabbruch“)

Der Fokus wird dabei vor allem auf Präventions- und Interventionsmaßnahmen gesetzt. Kompensationsmaßnahmen beziehen sich auf das Nachholen von versäumten Bildungsabschlüssen, aber zukünftig auch auf Projekte zur Nachreifung („Ausbildungsreife“).

Beim Thema Sprachförderung ist sowohl eine bessere Förderung sowohl der Muttersprache als auch Deutsch als Bildungssprache („Mehrsprachigkeit darf nicht zu Halbsprachigkeit führen!“) wichtig. Österreich hat zwar eine niedrige Schulabbruchquote, jedoch ein Kompetenzproblem, was sich bei der PISA-Studie zeigt (28,5 haben ein Problem im Bereich „Literacy“). Die Veränderung der Lehr- und Lernsettings in Richtung Schüler/innenorientierung ist wichtig, um dem Phänomen Schulabbruch vorzubeugen. Hier wird die „PädagogInnenbildung Neu“ noch eine zentrale Rolle spielen.

In der ESL-Strategie werden die zentralen Hebel der Veränderung in einem strategischen Dreieck dargestellt: Veränderungen auf systemischer Ebene (Neue Mittelschule, Ausbau der ganztägigen Angebote, ...), Veränderungen auf Schulstandortebene (neue Qualitätsinitiativen, vor allem in der Allgemeinbildung; Schul- und Unterrichtsentwicklung) und auf der Ebene der Schüler/innen (Jugendcoaching vom BMASK/BSB, Schulsozialarbeit, verstärkte Berufsorientierung im Rahmen von IBOBB).

Mehr Informationen dazu:

<http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/schulabbruch.xml>

#### 8. Diskussions-/Fragerunde:

Mag.<sup>a</sup> Lo Hufnagl (LH): Hinweis auf [www.gesellschaftsklima.at](http://www.gesellschaftsklima.at), sowie auf die Gründungsveranstaltung des Bündnisses am 19. April 2013 im Parlament.

Eine Diskussion um Sprachen und Sprachförderung kommt auf. Es geht vor allem darum, Mehrsprachigkeit zu fördern, da das die Menschen auf dem Arbeitsmarkt attraktiver mache. Die Einstellung, wonach Englisch, Spanisch und Französisch als erlernenswerte Sprachen, Türkisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Romanes und andere Sprache hingegen als Belastung angesehen werden, soll einen Wandel erleben. Ziel sei es, auch „benachteiligte Sprachen“ im Status anzuheben.

Es folgt eine lange Diskussion über die Einbettung der Bildung in der Wirtschaft und mangelnde Motivation junger Menschen auf Grund schlechter Perspektiven. Außerdem führt mangelnde Bildung häufig zu schlechten Lebensbedingungen und Armut.

9. MMAg. Martin Valtingoier (MV) (Vertretung für Mag.<sup>a</sup> Hermine Sperl) – Förderung im Berufsbild der BMS am Beispiel der Praxishandelsschule:

Eine Präsentation der Praxishandelsschule BHAS10 wird gezeigt. Die Handelsschule wird als Aufstiegsmodell vorgestellt, die neben verschiedenen Lehr- und Lernformen auch Praxisunterricht anbietet. Außerdem werden auch Maßnahmen gegen ESL gesetzt (durch Stop-Dropout-Gespräche mit Jugendcoaches). Das Optieren zur Ganztagschule in der neunten Schulstufe (ESF-Förderung bezieht sich nur auf die 9. Schulstufe) fördert die Chancengleichheit bei SchülerInnen, da LehrerInnen die Kinder ganztägig betreuen. Positive Auswirkungen sind neben der „Behaltequote“ auch in einer Leistungssteigerung sowie in der Reduktion der Fehlzeiten der SchülerInnen zu erkennen (siehe auch Folien der Powerpoint-Präsentation). Zielgruppe des Projekts „Praxishandelsschule BHAS10“ sind Kinder mit Migrationshintergrund. Es wird auch eine „Handelsschulcharta/Schulvertrag“ vorgestellt. Die Schule präsentiert dabei die Erwartungen an die SchülerInnen und Eltern und listet gleichzeitig das eigene Angebot auf.

Es wird gefragt, ob es eine Statistik über Roma an der Schule gibt. Mangels Selbstidentifikationszwang kann die Ethnie eines Menschen nicht festgestellt werden.

Über Rückfrage informiert MV, dass die als Ganztagschule mit verschränktem Unterricht („echte“ Ganztagschule), aus Mitteln des ESF gefördert wird.

10. Mag.<sup>a</sup> Gabriela Khannoussi-Gangoly (GKh-G) – Zugang zu Bildung und Chancengleichheit in der Erwachsenenbildung:

Zwei Aspekte betreffen die Erwachsenenbildung:

- Bildung soll allen zugänglich sein
- Diskriminierungen sollen abgebaut werden.

Dazu wurden drei Schwerpunkte gesetzt:

- Initiative Erwachsenenbildung – grundlegende Bildung und Abschlüsse sollen ermöglicht werden – finanziert von Bund und Ländern.
- Entwicklungsprojekte im Rahmen der EU mit Blick auf benachteiligte Gruppen. Ziel ist es, benachteiligte Gruppen besser zu erreichen und zu fördern.
- Zugang zu höherer Bildung, da Benachteiligte in diesem Bereich besonders unterrepräsentiert sind. Roma wurden bei diesem Schwerpunkt direkt als Zielgruppe angesprochen.

Zielgruppengerechte Ausgestaltung von Schulabschlussprogrammen soll im Bereich der Erwachsenenbildung besonders hervorgehoben werden.

Ein ursprüngliches Entwicklungsprojekt suchte nach erfolgreichen Modellen in Europa. Als Best-Practice-Beispiele zeigten sich dabei Kooperationen mit Roma-Vereinen, die auch kulturelle und historische Aspekte der Roma in den Ausbildungsprozess implementierten.

Mit 1. September 2012 traten gesetzliche Bestimmungen betreffend Pflichtschulabschlüsse im Erwachsenenbereich und in erwachsenengerechter Form in Kraft.

Ein Problem stellt die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen von der Erwachsenenbildung dar. Dem soll mit Entwicklungsprojekten entgegengewirkt werden. Beispielsweise sollen Roma durch Projektnetzwerke an VHS in Wien und Linz besser erreicht werden.

Außerdem entsteht eine Studie über die Bildungssituation der Roma, die in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden soll. Die Ergebnisse der Studie werden auf der Website „[Erwachsenenbildung](#)“ zu finden sein (Ende 2014).

11. *Dr. Wilhelm Wolf (WW) – Maßnahmen und Projekte für die Volksgruppe der Roma, insbesondere im Burgenland und in Wien:*

WW stellt drei Projekte zu Bildung und Volksgruppenförderung vor:

- Für Studierende an Pädagogischen Hochschulen ist ein Studientext geplant, in dem das Minderheitenschulwesen in Kärnten und im Burgenland vorgestellt wird. Die Texte sollen auch für Laien gut lesbar sein. (Erscheinungstermin Herbst 2013)
- Österreichische Pädagogische Zeitschrift – Erziehung und Unterricht: Ein Teilschwerpunkt zum Minderheitenschulwesen vom Kindergarten bis zur Matura ist für Heft 7-8/2013 vorgesehen.
- Erster österreichischer SchülerInnen-Austausch des Roma-Gymnasiums „Dr. Ambedkar“ in Ungarn mit dem BRG-APP in Innsbruck. Während einer Projektwoche soll gemeinsam gelernt und sollen so gegenseitige Vorurteile abgebaut werden. Das Ergebnis wird am 25. April im BRG-APP feierlich präsentiert und die im Rahmen einer Sozialaktion mit der Fa. Mpreis erzielte Geldspende übergeben werden. Zusätzlich wird auch in der Zeitschrift des Österreichischen Jugend Rot Kreuzes (ÖJRZ) sowie in der Romazeitung über den Austausch berichtet werden.

12. *Mag. Michael Bauer (MB) – Roma-Schulmediation und Lernhilfemaßnahmen:*

Lernbetreuung für Roma wird Wien und im Burgenland seit einiger Zeit vom BMUKK unterstützt bzw. kofinanziert. Es sind jedoch Maßnahmen, die autochthone Roma betreffen, was im Burgenland weniger problematisch ist, in Wien dafür mehr.

Im Burgenland (Bezirk Oberwart) wird die Volksgruppe aktiv unterstützt. Es gibt ein Vereinsbüro und einen Bus, der bis 30 Kinder zur Schule bringt und dort auch wieder abholt. Für Kinder, die weiter weg gezogen sind, wird auch vor Ortsbetreuung angeboten.

In Wien werden Projekte (Lernhilfe, Schulmediation) gemeinsam mit dem BM.I finanziert.



### 13. Schlussrunde und Ausblick

A<sup>Sp</sup> weist noch einmal darauf hin, dass die Roma-Strategie 2020 (im Gegensatz zu Volksgruppengesetz) nicht zwischen autochthonen und allochthonen Roma unterscheidet.

Ein weiterer Termin zum Thema Bildung wird für Juni in Aussicht gestellt. Schwerpunkte sollten die angeschnittenen Punkte „Sonderschule/SPF, Lernhilfe und Schulmediation sowie die Diskussion über konkrete Projekte sein.